

---

Einrichtung eines G8 GTS am Heinrich-Böll-Gymnasium zum Schuljahr 2011/2012

KSD 20101405

---

Der Antrag des Heinrich-Böll-Gymnasiums vom Mai 2009 auf Umwandlung in ein Gymnasium mit achtjährigem Bildungsgang in Ganztagsform (G8GTS) wurde aufgrund des Finanzierungsvolumens und der offenen Frage einer nachhaltigen Bedarfslage von der Verwaltung zunächst zurückgestellt.

Im Frühjahr 2010 wurde aus diesem Grund zunächst eine weitere Bedarfserhebung an allen Grundschulen im Ludwigshafener Stadtgebiet sowie in Mutterstadt, Limburgerhof, Neuhofen und Altrip durchgeführt. Darüber hinaus wurde im Anmeldeverfahren bei den zukünftigen Realschulen plus deutlich, dass die Realschule plus am Standort Schulzentrum Mundenheim voraussichtlich nur sechs Eingangsklassen aufnehmen wird (beantragt waren sieben Eingangsklassen). Somit könnten evtl. Raumkapazitäten, die für die Realschule plus konzipiert waren, dem Heinrich-Böll-Gymnasium zugeordnet werden.

Im Rahmen der Umfrage wurden ca. 1790 Eltern angeschrieben. Als Ergebnis bleibt festzuhalten, dass bislang 660 Rückmeldungen eingegangen sind, wobei sich davon 92 Eltern für eine mögliche Anmeldung am Heinrich-Böll-Gymnasium G8GTS und 86 Eltern für eine mögliche Anmeldung am Heinrich-Böll-Gymnasium G9 ausgesprochen haben. Die prozentuale Quote der Rückmeldungen liegt bei ca. 37 %.

### **ANTRAG**

Nach der einstimmig ausgesprochenen Empfehlung des Schulträgerausschusses vom 09.06.2010:

Der Stadtrat möge wie folgt beschließen:

1. Für das Heinrich-Böll-Gymnasium wird, unter dem Vorbehalt, dass die tatsächlichen Anmeldezahlen einen mindestens dreizügigen Start gewährleisten, der Antrag auf Einrichtung eines G8 GTS zum Schuljahr 2011/2012 erneut der ADD und dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur vorgelegt.  
Aufgrund der wirtschaftlichen Situation der Stadt Ludwigshafen ist während eines mehrjährigen Übergangszeitraums mit provisorischen Lösungen zu arbeiten.
2. Die Verwaltung entwickelt unter Berücksichtigung des Förderprogramms für Ganztagschulen und der städtischen Finanzlage die konzeptionellen Pläne zur baulichen Erweiterung des Gymnasiums, die nach Fertigstellung den entsprechenden städtischen Gremien zur Entscheidung vorgelegt werden.  
Eine Bezuschussung gemäß der Verwaltungsvorschrift „Bau von Schulen und Förderung des Schulbaus“ des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur in Höhe von 100% der förderfähigen Kosten durch das Land Rheinland-Pfalz wird angestrebt.